



Die faszinierende Seite der Kältewelle: Wie auf dem Kopf stehende Herzen hängen die Eiszapfen an den Schilfrohren.

LESERFOTO EDITH TANNER

BRIEFKASTEN

SP-Initiative sprengt finanziellen Rahmen

Im Kanton Luzern sorgt die Finanz- und Steuerpolitik für heftige Debatten. Wie auch immer man dazu steht: Sparpakete sind leider die Realität. Umso unpassender ist darum der Zeitpunkt der Initiative von den Sozialdemokraten, die zu allem Übel auch noch einen massiven Eingriff in den Wohnungs- und Immobilienmarkt bedeuten würde. Wird die Initiative «Zahlbares Wohnen für Alle» angenommen, ist der Kanton Luzern dazu verpflichtet, rund 11 Millionen Franken in einen Fonds einzubehalten. Und dies jedes Jahr. 11 Millionen Schweizer Franken sind viel Geld, gerade auch dann, wenn ich an die harten Auseinandersetzungen im Kantonsrat denke. Dort wurde in der Vergangenheit um jeden Sparantrag gerungen. Darum wäre es unverantwortlich, in der jetzigen Situation Mehrkosten von jährlich 11 Millionen Franken ohne jegliche Bedenken hinzunehmen. Sagen wir also gemeinsam Nein zu einem Eingriff in unseren liberalen Wohnungsmarkt und zu einer weiteren Verschärfung unserer finanziellen Lage.

PIUS MÜLLER,
SVP KANTONS RAT, VORSTAND HEV LUZERN,
SCHENKON

Wohnen ist ein Grundbedürfnis

Für immer mehr Familien mit tiefen und mittleren Einkommen und Rentnerinnen und Rentner im Kanton Luzern sind die Mietpreise zu hoch, sie müssen mehr als ein Viertel ihres Einkommens für die Wohnung bezahlen. Der sehr tiefe Leerwohnungsbestand ist ein zusätzlicher Preistreiber. Die wenigen freien Wohnungen sind oft sehr teuer und/oder entsprechen nicht den Raumbe-

dürfnissen der Suchenden. In gewissen Gemeinden und Regionen ist es fast unmöglich für diese Menschen, eine zahlbare Wohnung zu finden. Wer sich eine teure Wohnung leisten kann wohnt in der Stadt, der Agglomeration oder in den steuergünstigen Gemeinden. Wer nur tiefere Mieten bezahlen kann, ist gezwungen, aufs Land zu ziehen und muss unter Umständen seine gewohnte Umgebung unfreiwillig verlassen. Diese Initiative «Bezahlbares Wohnen für alle» will eine weiterhin gute soziale Durchmischung der Bevölkerung in allen Regionen des Kantons fördern. Genossenschaftswohnungen sind bis 25 Prozent günstiger als Wohnungen auf dem freien Markt.

Deshalb soll der Kanton sein Bauland, welches sich für Wohnraum eignet, an Wohnbaugenossenschaften mit gemeinnützigem Charakter oder Gemeinden, welche bezahlbaren Wohnraum unterstützen möchten, verkaufen oder im Baurecht abgeben. Luzern hat schon verschiedene Genossenschaften, sie sollen durch diese Massnahmen einfacher zu Bauland kommen. Zudem soll ein Fonds errichtet werden für Darlehen an diese Wohnbaugenossenschaften, zum Beispiel damit grössere Projekte finanziert werden können. Vergleichbar ist dieser Fonds mit den Geldern der landwirtschaftlichen Kreditkasse für Bauten in der Landwirtschaft. Dieses Geld ist nicht verloren, sondern wird mit Zinsen dem Kanton zurückbezahlt.

Der Kanton muss hier seine Verantwortung besser wahrnehmen, genauso wie verschiedene Gemeinden, welche bezahlbares Wohnen ebenfalls aktiv fördern. Deshalb braucht es am 4. März ein klares Ja.

YVONNE ZEMP BAUMGARTNER,
SP KANTONS RÄTIN, SURSEE

Finanzpolitischer Wahnwitz

Der Kanton Luzern muss seine Mittel für die wichtigsten Aufgaben verwenden. Die Initiative «Zahlbares Wohnen für alle» gehört ganz sicher nicht dazu. Aber auch finanzpolitische Argumente sprechen gegen das Volksbegehren. Die Initiative verlangt vom Kanton, jedes Jahr zusätzlich elf Millionen Franken für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus auszugeben. In einer Zeit der klammen Kassen würde das Staatsbudget also noch einmal empfindlich belastet. Die Folgen sind klar: Die elf Millionen müssten aufgrund der Schuldenbremse bei anderen Aufgaben eingespart werden. Weitere Sparpakete bei Bildung, Gesundheit und So-

zialem zugunsten einer schwammigen Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus dürften bei der grossen Mehrheit der Bevölkerung nur Kopfschütteln auslösen. Die finanzpolitische Hauruckübung ist aber auch gar nicht nötig. Sowohl der Mietwohnungsmarkt als auch der gemeinnützige Wohnungsbau funktionieren im Kanton Luzern sehr gut. Die Angebotsmieten zeigen deutlich nach unten, eine weitere Entspannung wird erwartet. Die Initiative ist deshalb abzulehnen.

ARMIN HARTMANN,
PRÄSIDENT HAUSEIGENTÜMER VERBAND HEV
KANTON LUZERN, SCHLIERBACH

Neoliberal ins TV- und Radio-Chaos

Diese Formulierung ist die pure Konsequenz der «No Billag»-Initiative. Was die Protagonisten in der TV-Arena (Oli-

vier Kessler, Andreas Kleeb) und in anderen Statements (Roger Köppel mit seiner rüpelhaften Art, Hans-Ulrich Bigler) wollen, gleicht unbändigem Raubtier-Kapitalismus: Abwendung von der sozialen Marktwirtschaft und Abtretung der Zügel und der (Medien-)Macht allein in die Hand des Marktes und der grossen Kapitals. Das ersatzlose Streichen des Verfassungs-Artikels 93 heisst nebst dem Abschaffen der Empfangsgebühren Verzicht auf das Berücksichtigen der vier Landesparlamente und der Regionen, der Grundsätze für sachfundierte, breitabgestützte Informationen sowie unabhängiger öffentlicher Meinungsbildung in Radio und Fernsehen und der Pflege vielfältiger Unterhaltung. Was da an welchen Konsequenzen herauskommt, wissen selbst die «No-Billag»-Befürworter nicht. Ihr ohnehin diffuser Geschwafel (das ist kein Plan B) ist je nach Stimmungslage kaum fassbar, zudem verwirrend und widersprüchlich. Mit «No Billag» würden wohl auch hunderte Stellen von Medienschaffenden geopfert und viele Frauen und Männer mit Erziehungspflichten in die Arbeitslosigkeit geschickt. Üblicherweise gibt es gegen Stellenabbau allgemein Unmut: mit «No Billag» wären viele Stellenverluste aber die unweigerliche Konsequenz.

Gerade für die vielen TV- und Radiokonsumenten im Seniorenalter und auch für jene, welche im Alltag nicht mehr mobil – an ihre Wohnung oder anderswo «gebunden» – sind, ist eine chaotische mediale Zukunft jedenfalls keine wirkliche Perspektive. Just diese Mitmenschen schätzen zu jeder Tages- und Nachtzeit ein vielfältig wählbares Unterhaltungs-, Kultur- und Informationsangebot. Verschonen wir sie, dass sie dafür nach der «No Billag» mühsam spezielle Abos kaufen müssen. Übri-

GANS GUT



Der ST-Film stimmt auf den Frühling ein

Romantisch tuckert die Sursee-Triengen-Bahn durch das Surental, unterlegt von Klängen des amerikanischen Singersongwriters Barefoot McCoy. Dies zu sehen gibt es auf der immer gans gern konsultierten Facebook-Seite «Du beschvo Soorsi wenn». Sattgrüne Wiesen, schwarze Dampfwolken und zwei Kondukteure mit Kopfbedeckung – wie in der guten alten Zeit – inklusive. Dieses 3,37 Minuten lange Video macht während der klirrenden Kälte warm und erhöht die Freude auf den Frühling. Danke, Walter Burri.

GANS LUSTIG



Skandalchen folgt Skandal auf dem Fusse

Die Post hat ihren Skandal. Ob schuldig oder unschuldig, noch gilt: im Zweifel für den Angeklagten. Das Skandalchen, das sich in der Region abgespielt hat, dürfte indes eher zufälliger Natur sein. So muss der eifrige Leser des lokalen Qualitätsjournalismus an jenem Donnerstagmorgen überrascht gewesen sein, anstatt der Zeitung mit den roten Lettern die italienische Ausgabe des Gratisblättchens «20 Minuten» in seinem Briefkasten vorzufinden – versandt von der Post. Come si dice in italiano? Non è possibile!

gens, die jetzige Regelung der Empfangsgebühren hat bereits eine solidarische soziale Komponente: Haushalte, in denen mindestens eine Person mit Ergänzungsleistungen des Bundes lebt, haben Anspruch auf die Befreiung von dieser Gebührenpflicht. Analoge soziale Rücksichtnahmen gibt bei «No Billag» kaum mehr.

ALOIS HODEL,
KANT. OBMANN CVP 60PLUS, EGOLZWIL

Der Sure mehr Raum geben

Die Orientierungsversammlung zur Revitalisierung der Sure in Oberkirch von Montag, 19. Februar 2018, im Gemeindegemeinschaftssaal von Oberkirch war gut besucht. Der Gemeinderat zeigte nochmals informativ auf, wie gross die Bautätigkeit der letzten Jahre war, und dass die Aufwertung des Surenraums sozusagen als Kompensation für das viel verbaute Land schon in der Ortsplanungsrevision 2008-2010 vorgesehen war. In den vergangenen Jahren sind in Oberkirch sehr oft Bagger aufgefahren, damit ganze Siedlungen entstehen konnten. Es scheint uns nur folgerichtig, dass jetzt auch zugunsten der Natur der Sure mehr Raum gegeben wird. Die umgesetzte Planung wird auch uns Menschen mehr Freude und Erholung schenken. Darum legen wir bei der Abstimmung für die Revitalisierung der Sure ein überzeugtes Ja in die Urne.

MARIA UND JOSEF GRAF,
OBERKIRCH

«Eine chaotische mediale Zukunft ist keine wirkliche Perspektive.» **ALOIS HODEL**

SurseerWoche ■ TriengerWoche Partnerzeitung: SempacherWoche

WOCHENZEITUNG FÜR STADT UND REGION SURSEE/SURENTAL

Impressum

27. Jahrgang Surseer Woche
10. Jahrgang Trienger Woche

Surseer Woche AG, Unterstadt 22,
Postfach, 6210 Sursee
Tel.: 041 921 85 21,
Web: surseerwoche.ch

E-Mail: redaktion@surseerwoche.ch
inserate@surseerwoche.ch
admin@surseerwoche.ch

Herausgeber: Surseer Woche AG,
Unterstadt 22, Postfach 646, 6210 Sursee
Geschäftsführer: Guido Eberhard

Geschützte Titel: Surseer Woche; Trienger Woche; Luzerner Landbote.

Publikationsorgan der Gemeinden Sursee, Oberkirch, Schenkon und Triengen sowie des Entwicklungsträgers Sursee-Mittelland

Redaktion: Dominique Moccand (moc, Redaktionsleiter ad interim), Manuel Arnold (ma), Livia Kurmann (kul, Volontärin), Thomas

Stillhart (sti), Daniel Zumbühl (dz), Fabian Zumbühl (fz). Bildredaktorin/Fotograf: Ana Birchler-Cruz (ana).

Redaktionsschluss: Dienstag, 18 Uhr, oder nach Rücksprache bis Mittwoch, 12 Uhr. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit expliziter Genehmigung der Redaktion gestattet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Verlag: Verlagsleiter: Guido Eberhard
Abos: Jahresabonnement: CHF 144.–,

Halbjahr: CHF 85.–, Einzelnummer: CHF 3.50 (inkl. MWST), Abo-Service: Tel.: 041 921 85 21, E-Mail: admin@surseerwoche.ch

Inserate: Anzeigenleiter: Guido Eberhard
Millimeter-Grundpreis 2018 (exkl. MWST): Annoncen 87 Rp./mm; Stellen 92 Rp./mm; Grossaufgabe 98 Rp./mm; Publiportage 1/1-Seite, Normalaufgabe (ohne red. Leistungen) 3090 Franken.
Inseratenschluss: Mittwoch, 8 Uhr, Todesanzeigen bis 12 Uhr. Die Verwendung von Inseraten aus dieser Zeitung durch nicht

autorisierte Dritte, insbesondere für die Einspeisung in einen Online-Dienst, ist untersagt. Verstösse werden gerichtlich verfolgt.
Satz Insetrate: Wallimann Druck+Verlag AG, Beromünster

Druck: LZ Print, Luzerner Zeitung AG, Luzern
Auflage: 7822 Expl. (Surseer/Trienger Woche: 5492, Sempacher Woche: 2319). WEMF-beglaubigt 2017 Grossaufgabe/GA 27'941 Expl. Mitglied der Inseratekombination «Luzerner Landzeitungen» (Auflage: 36'020, GA: 102'582) und «Kombi Amt Sursee» (Auflage: 14'269, GA: 40'441).